

Arbeitspapier

Forschungsgruppe Asien
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Gudrun Wacker

Management der Machtverschiebung: China und Ostasien

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

SWP-
Arbeitspapiere/Working
Papers sind online-
Veröffentlichungen der
Forschungsgruppen. Sie
durchlaufen kein
formelles
Gutachterverfahren. Sie
dürfen nur mit
Zustimmung der
jeweiligen
Autoren/Herausgeber
zitiert werden.

Arbeitspapier FG7, 2010/06, Februar 2010
SWP Berlin

Obamas Ausgangsposition und George W. Bushs Erbe

Ostasien war eine der Regionen, wenn nicht nach dem Ende des Kalten Krieges sogar *die* Region, in der die USA sicherheitspolitisch die Führungsrolle innehatten. Durch Chinas ökonomischen und politischen Aufstieg der vergangenen zwei Jahrzehnte zeichnet sich jedoch in diesem wirtschaftlich dynamischsten Teil der Welt eine strategische Machtverschiebung ab. Auf diese Entwicklung hat die neue US-Regierung im vergangenen Jahr mit neuen Politikansätzen reagiert. Im Unterschied zu anderen Regionen in der Welt konnte sie hier ein relativ unbelastetes Erbe von der Vorgängerregierung übernehmen: Trotz anhaltendem strategischen Misstrauens zwischen beiden Seiten hatten sich die Beziehungen zu China während der beiden Amtszeiten von George W. Bush ziemlich stabil entwickelt.

Zwar wurde gleich zu Beginn der Amtsübernahme von George W. Bush im Jahr 2001 das Verhältnis zu China auf die Probe gestellt, nachdem über dem südchinesischen Meer ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug mit einem chinesischen Kampffjet zusammengestoßen war. Doch nach den Terroranschlägen des 11. September stellte sich die chinesische Führung klar an die Seite der USA. In den folgenden Jahren gab es immer wieder Reibungspunkte bei wirtschaftlichen Themen (Handelsdefizit der USA, Dollarbindung des chinesischen Yuan), bei den Menschenrechten (insbesondere der Religionsfreiheit) und wegen Taiwan. Insgesamt jedoch waren beide Seiten um Kooperation bemüht, was sich zum Beispiel in den Sechsparteien-Gesprächen über Nordkoreas Nuklearprogramm niederschlug.

Während der zweiten Amtszeit von George W. Bush wurde von amerikanischen Konservativen zwar gelegentlich kritisiert, die USA hätten durch die Kriege im Irak und in Afghanistan im asiatisch-pazifischen Raum an Einfluss eingebüßt, und China habe dies zum Ausbau der eigenen Position in der Region genutzt. Eine groß angelegte Umfrage, die der Chicago Council im April 2008 publizierte, ergab jedoch, dass die USA kaum an Ansehen verloren hatten und amerikanische *soft power* nach wie vor weit vor der chinesischen rangiert.

Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2008 spielte China dann im Unterschied zu früheren Wahlkampagnen keine zentrale Rolle, da Themen wie die Kriege im Irak und in Afghanistan sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise dominierten. Daher gab es beim Amtsantritt Barack Obamas auch keine „Altlast“ anti-chinesischer Wahlkampfrhetorik aufzuarbeiten. Inzwischen tragen auch rund fünfzig institutionalisierte Dialoge zwischen China und den USA zur Stabilität der gegenseitigen Beziehungen bei.

Der neuen US-Regierung gilt der Aufstieg Chinas als Tatsache. China wird in allen globalen Fragen von der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen bis hin zum Klimawandel als entscheidender Akteur gesehen. Zugleich erkennt die amerikanische Regierung die gegenseitige Anhängigkeit der USA und Chinas in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise an, da China über seine immensen Dollarreserven quasi die amerikanische Verschuldung finanziert.

Obamas Strategie in Ost- und Südost-Asien

Die neue US-Regierung unter Barack Obama verfolgte von Beginn an einen dreidimensionalen Ansatz im asiatisch-pazifischen Raum:

Die traditionellen bilateralen Allianzen in der asiatisch-pazifischen Region sollen bewahrt werden, insbesondere zu Japan.

Das multilaterale Engagement in Südost-Asien wurde verstärkt (unter anderem durch die Abkehr von der einseitigen Fokussierung auf den Anti-Terror-Kampf, die Hinwendung zum Verband Südostasiatischer Nationen, ASEAN, sowie der Unterzeichnung des Treaty of Amity and Cooperation als Voraussetzung für eine Beteiligung der USA am East Asian Summit)

Die Kooperation mit China, gerade auch in globalen Fragen, soll ausgebaut werden. Konsequenterweise zieht die US-Regierung den G8 die G20 vor, in Fragen des Klimawandels sowie der Entwicklung sauberer Energiequellen hält sie die Zusammenarbeit mit China für unabdingbar, und im Blick auf die Nuklearprogramme Nordkoreas und des Iran gilt Pekings Kooperation als entscheidend.

Dieser dreidimensionale Ansatz schlug sich in den Reiserouten sowohl von Außenministerin Hillary Clinton im Februar 2009 als auch des amerikanischen Präsidenten selbst im November 2009 nieder. Mit der Entdeckung Chinas als Partner bei der Lösung globaler Probleme und dem Versuch der Einbindung Chinas in das internationale System folgen die USA eigentlich dem Muster europäischer China-Politik.

Das Konzept der G2

Das Konzept einer „G2“ geht ursprünglich auf den Ökonomen Fred Bergsten vom amerikanischen Petersen Institute for International Economics zurück. Bergsten zielte 2004 damit aber nicht auf eine G2 zwischen den USA und China ab, sondern auf eine stärkere Kooperation und Integration zwischen den USA und der EU. Seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008, welche die wechselseitige Abhängigkeit der USA und Chinas unterstriche, propagiert Bergsten eine G2 in der Konstellation China-USA. Diesem Vorschlag schloss sich auch der frühere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski an, wobei er die Agenda für eine solche G2 auch auf Sicherheitsfragen ausweitete. Beide hatten dabei aber nicht eine exklusive Zweiergruppe im Sinn, sondern dass China als Partner der USA ein ähnliches Gewicht wie die EU oder Japan einnehmen sollte. China wäre also innerhalb dieses Modells ein gewichtiger Mitspieler im Konzert mehrerer Mächte. In den Medien verselbständigte sich die Idee der G2 dann jedoch schnell zur Vorstellung einer neuen bipolaren Weltordnung, dominiert von USA und China.

Weder von Seiten der amerikanischen noch der chinesischen Führung wird aber offiziell von G2 gesprochen – und tatsächlich gibt es gewichtige Argumente gegen eine solche Konstellation:

Zunächst ist das strategische Misstrauen auf beiden Seiten nicht verschwunden, sondern es prägt nach wie vor das Verhältnis.

In den USA hat das Konzept der G2 eine Kontroverse ausgelöst. Aus Sicht konservativer Kritiker kann es grundsätzlich keine solche Koalition mit einem kommunistischen Land geben. Es gibt aber auch breitere Kritik in den USA, die besonders die Reaktion der traditionellen US-Allianzpartner wie Japan und neuer Partner wie Indien im Blick hat. Letztere sind besorgt, eine solche Konstellation könnte ihren eigenen Status schmälern. Insgesamt stößt die Vorstellung, USA und China könnten gemeinsam die gesamte Region dominieren, bei den anderen Partnern der USA nicht auf Akzeptanz. So gesehen würde die Verwirklichung der G2 für die USA in Asien zu einem Nullsummenspiel.

Chinas politische Führung und akademische Elite fühlen sich durch das Konzept der G2 zwar geschmeichelt. Jedoch wird China nicht seine von eigenen Interessen geleitete Politik aufgeben. Erstens will es sich seinen Spielraum nicht durch eine solche Partnerschaft einengen lassen. Zweitens ist China nicht bereit, Ressourcen für internationale Probleme aufzuwenden, denen es keine Priorität beimisst. Zum Teil wird die Idee der G2 sogar als „Falle“ gesehen, um China zum Einsatz von Mitteln zu bringen, die dann für nationale

Modernisierungsziele fehlen würden. Und schließlich will China die eigene internationale Reputation, beispielsweise bei den Entwicklungs- und Schwellenländern, nicht gefährden: Es kann sich mit den USA nicht ausgerechnet mit dem Land zusammentun, dessen Hegemoniestreben und dominante Stellung es in den vergangenen Jahrzehnten unablässig kritisiert hat.

Fazit

Obamas China-Politik ist Teil einer breiteren Asien-Strategie der amerikanischen Regierung; neue Ansätze und Initiativen sind nicht nur gegenüber China erkennbar. Ob diese Neuansätze wie ein stärkeres multilaterales Engagement in Südostasien, Gesprächsbereitschaft mit Staaten wie Birma/Myanmar und verstärkte Kooperationsangebote an China zu den gewünschten Reaktionen führen werden, lässt sich noch nicht absehen. Die letzten Monate deuten eher darauf hin, dass China die eigenen Positionen selbstbewusster vertritt. Daraus folgt auch, dass die Aufwertung Chinas als einem zentralen Kooperationspartner der USA auch die Zusammenarbeit der EU mit Peking nicht unbedingt einfacher machen wird.